



Arbeitskreis  
Religionsfreiheit – Menschenrechte –  
Verfolgte Christen  
Deutsche Evangelische Allianz



# AKREF-Nachrichten vom 27.03.2026 bis 03.04.2026

Arbeitskreis für Religionsfreiheit - Menschenrechte - verfolgte Christen  
der Evangelischen Allianz in Deutschland

Paul Murdoch ( [redaktion@akref.de](mailto:redaktion@akref.de) )

## Inhaltsverzeichnis

Bulgarien: Licht auf dem Balkan	3
Burundi: Bibeln werden dringend gebraucht	4
China: Gemeindeleiter nach fünf Jahren Gefängnis freigelassen	5
Deutschland: „Lichterkette für verfolgte Christen“ erhält Stephanus-Sonderpreis	6
Finnland/Deutschland: Evangelikale kritisieren Urteil gegen Räsänen und Pohjola	7
Indien: 747 Übergriffe auf Christen im Jahr 2025	8
Iran: Die ambivalenten Auswirkungen des Krieges auf lateinamerikanische Länder	9
Israel: Einschränkung der Religionsfreiheit vorgeworfen	10
Kirgisistan: Pastor aus der Haft entlassen, mit Geldstrafe belegt und ausgewiesen	11
Kongo: Die Hoffnung hat die Abschlussbühne betreten	12
Nepal: Hinduistischer Mob greift drei Christen in Nepal an	13
Nigeria: Islamistische Terrorgruppen töten Dutzende Menschen	14
Nigeria: Mindestens 27 Tote bei Anschlag am Palmsonntag	15
Pakistan: „Gefangener des Monats April 2026“	16
Serbien: UEFA verhängt Geldstrafe wegen orthodoxem Fan-Banner	17
Spanien: Tod einer 25-Jährigen durch Sterbehilfe sorgt für massive Kritik	18
Syrien: Nach Berlin-Besuch von Al-Schar'a	20
Syrien: Osterfeierlichkeiten nach Gewalt abgesagt	21
Uganda: Ugandischer Armeechef stellt sich an die Seite Israels	22
Usbekistan: Und andere zentralasiatische Länder	23
Weltweit: Christen im globalen Süden befürchten Anschläge zu Ostern	24

# Bulgarien: Licht auf dem Balkan

(Licht im Osten, Sofia) **Dank:**

1. Auf wunderbare Weise hat der Herr die Mittel für den Druck der revidierten Ausgabe der vier Evangelien mit einer Auflage von 20.000 Exemplaren geschenkt. Anfang Dezember 2025, kurz vor den Weihnachtsveranstaltungen, kamen sie aus der Druckerei. Tausende von Evangelien wurden bereits in ganz Bulgarien verteilt. Die Menschen nehmen die Evangelien mit Ehrfurcht an. Wir erhalten aus verschiedenen Orten und von verschiedenen Menschen sehr gute Rückmeldungen zu dieser Ausgabe.
2. Für alle Oster- und Weihnachtseinsätze im Jahr 2025 in Schulen, Kindergärten, Pflegeheimen und sozialen Einrichtungen, bei denen wir die Botschaft von der Geburt und Auferstehung Christi, des Erlösers, weitergeben konnten. Für die vielen Menschen, die sich bei diesen Einsätzen bekehrt haben!
3. Für alle Freiwilligen, die sich an den Oster- und Weihnachtseinsätzen in ganz Bulgarien beteiligen! Wir laden junge Menschen, die Gott noch nicht kennen, ein, sich unserem Team anzuschließen. Während der Einsätze schenkt uns der Herr eine gesegnete Gemeinschaft und berührt die Herzen der Teilnehmer durch das, was sie sehen und hören.
4. Für die Möglichkeit, in ukrainischen Schulen zu dienen, und die Tagescamps im Sommer.
5. Für die Sommerfreizeit im Juli 2025, bei der sich 22 Personen bekehrt haben.
6. Für den Dienst an Kindern in den Gemeinden, im TropinkaKlub und durch das Alphabetisierungsprogramm für Roma-Kinder in der Region Jambol und in Sofia. Für die Entwicklung des Dienstes an Kindern und Erwachsenen in Zusammenarbeit mit den türkischsprachigen Gemeinden in Sliwen und Burgas.
7. Für den neuen Mitarbeiter im Studio Alethea. Der Herr segnet diesen Dienst: Über unsere Websites finden Menschen uns im Internet und kommen zu unseren Gottesdiensten.
8. Dass wir unseren Dienst ungehindert fortsetzen können, obwohl die Angelegenheit mit den Gebäudedokumenten noch nicht endgültig gelöst ist.

**Bitten:** 1. Wir möchten gern die Revision der NT-Übersetzung fortsetzen, aber es gibt viele Schwierigkeiten und Hindernisse. Um Weisheit und Leitung des Heiligen Geistes.

2. Bulgarien hat 2026 den Euro eingeführt, was zu einem starken Anstieg der Preise geführt hat. Bitte beten Sie für unsere Mitarbeiter, die zu Mindestlöhnen arbeiten.
3. Für die Finanzierung der Arbeit unseres Alethea-Studios
4. Für die Erledigung aller Formalitäten für unser Missionsgebäude. Wir bitten die Stadtverwaltung um Unterstützung, stoßen aber bisher auf Hindernisse. Wir beten darum, das Nachbargrundstück kaufen zu können, um unser provisorisches Lager dorthin zu verlegen. Ohne dieses Lager können wir den Großteil unserer Missionsarbeit nicht leisten.
5. Für den Dienst unserer Missionare in den Regionen Jambol und Sliwen unter Türken und Roma sowie in der Region Russe.
6. Für die politische Situation in Bulgarien. Im Dezember 2025 trat die Regierung nach massiven Protesten zurück. Dies ist nun die achte Parlamentswahl in den letzten fünf Jahren.

# Burundi: Bibeln werden dringend gebraucht

(Gebetsinfos März 2026 von der Bibelliga): Bei unserer Reise nach Burundi im vergangenen Monat haben wir vor Ort gesehen, wie groß der Bedarf an Bibeln ist. Bosco, der Leiter der burundischen Bibel Liga, sagte uns, dass sie oft Gemeinden absagen müssen, die gern das Programm Philippus anbieten würden. Zudem haben wir erlebt, unter welchen schwierigen Bedingungen der Dienst stattfindet.

Ein großes Problem ist der fehlende Kraftstoff. Autos stehen zum Teil über 14 Tage an Tankstellen. Bitte bete für das Team und das Land!



## China: Gemeindeleiter nach fünf Jahren Gefängnis freigelassen

Seine Gemeinde lehnt es ab, sich staatlich kontrollieren zu lassen

China (IDEA) – Der chinesische Gemeindeleiter Zhang Chunlei ist am 16. März nach fünfjähriger Haft freigelassen worden. Wie die christliche Hilfsorganisation „China Aid“ (China-Hilfe/Midland im US-Bundesstaat Texas) berichtet, ist Zhang durch die Zeit im Gefängnis körperlich gezeichnet. Die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) und die Evangelische Nachrichtenagentur IDEA hatten ihn als „[Gefangenen des Monats Juli 2021](#)“ benannt und zum Einsatz für ihn aufgerufen. Zhang erhielt die Strafe offiziell wegen „Anstiftung zur Untergrabung der Staatsgewalt“ und wegen Betrugs. Zudem verhängte das Gericht zwei Geldstrafen von umgerechnet fast 2.500 Euro. Er ist Leitungsmitglied der Ren'ai (Liebe) Reformierten Kirche in Guiyang (Provinz Guizhou) im Südwesten Chinas und befand sich seit dem 16. März 2021 in polizeilichem Gewahrsam. Zunächst lautete der Vorwurf gegen den Christen, er habe eine illegale Vereinigung geleitet. Seit 2018 – nach Einführung neuer Verwaltungsrichtlinien für religiöse Aktivitäten – praktiziert die Gemeinde von Zhang ihren Glauben im Untergrund: Sie lehnt es ab, sich der staatlich kontrollierten evangelischen Drei-Selbst-Bewegung anzuschließen. Im gleichen Jahr unterschrieb Zhang als einer der ersten von mehr als 450 Gemeindevertretern eine gemeinsame „Erklärung um des christlichen Glaubens willen“ dazu. Sie fordert, die Trennung von Kirche und Staat in den Hauskirchen aufrechtzuerhalten. Zhang leidet unter einer [Leberzirrhose](#). Seiner Frau Yang Aiqing zufolge ist sein Gesundheitszustand besorgniserregend. In der rund 1,4 Milliarden Einwohner zählenden Volksrepublik leben nach Schätzungen bis zu 130 Millionen Christen. Viele von ihnen treffen sich in staatlich nicht registrierten Gemeinden, die besonderer Diskriminierung und Verfolgung ausgesetzt sind.

# Deutschland: „Lichterkette für verfolgte Christen“ erhält Stephanus-Sonderpreis

Die Preisverleihung an die Hamburger Initiative soll am 11. April stattfinden

Hamburg (IDEA) – Die „Lichterkette für verfolgte Christen“ der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) erhält den diesjährigen Sonderpreis der „Stephanus-Stiftung für verfolgte Christen“. Bei einem Festakt am 11. April wird die jährlich im November stattfindende Kundgebung mit der Auszeichnung geehrt. Mit der Lichterkette setzt sich die IGFM für verfolgte Christen auf der ganzen Welt ein. Unterstützer der Aktion sind die Initiative „Gemeinsam für Hamburg“ der dortigen Evangelischen Allianz und die Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen (ACK) in der Hansestadt. Mit dem Sonderpreis an die Lichterkette sollen die authentische Mitmenschlichkeit und beeindruckende Beharrlichkeit der Initiatoren als vorbildlich gewürdigt werden, heißt es in einer Erklärung der Stephanus-Stiftung für verfolgte Christen. Die Stiftung ist nach dem Diakon der christlichen Urgemeinde benannt, der als erster Märtyrer wegen seines Bekenntnisses zu Jesus Christus gesteinigt wurde. Sie verleiht alljährlich ihren Stiftungspreis oder Sonderpreis.

# Finnland/Deutschland: Evangelikale kritisieren Urteil gegen Räsänen und Pohjola

## Evangelische Allianz in Deutschland sieht „gefährliche Signalwirkung“

Bad Blankenburg (IDEA) – Zwei evangelikale Dachverbände – die Evangelische Allianz in Deutschland (EAD) und die Europäische Evangelische Allianz (EEA) – haben das [Urteil](#) des Obersten Gerichtshofs in Finnland gegen die dortige Ex-Innenministerin Päivi Räsänen und den lutherischen Bischof Juhana Pohjola kritisiert. Das Gericht verurteilte die beiden wegen „Hassrede“ zu Geldstrafen. Grund ist die Publikation einer Broschüre im Jahr 2004, in der Räsänen praktizierte Homosexualität aus biblischer Sicht als Sünde bezeichnete. Pohjola wurde verurteilt, weil er die Broschüre auf der Internetseite seiner Kirche veröffentlichte. Der Vorstand der EAD, Reinhardt Schink (Bad Blankenburg/München), spricht in einer Stellungnahme von einem „nicht nachvollziehbaren Urteil mit gefährlicher Signalwirkung“. Eine Politikerin und ein Bischof würden strafrechtlich verurteilt, „weil sie eine klassisch-christliche Position zu Ehe, Sexualität und Menschenbild öffentlich vertreten haben – ohne Gewaltaufruf, ohne Beleidigung konkreter Personen, ohne jede Form von Hetze“. Dass ein solcher Text nach über 20 Jahren, nach mehrfachen Freisprüchen in den Vorinstanzen und in einem demokratischen Rechtsstaat nun doch als „Hassrede“ qualifiziert werde, sei unverständlich und werfe ernsthafte Fragen auf. Als besonders irritierend empfindet es Schink, dass das Urteil auf eine Strafnorm gestützt wird, die im Abschnitt „Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ verortet ist. Unabhängig von juristischen Feinheiten entstehe so der Eindruck, „als würden friedliche religiöse Meinungsäußerungen moralisch und rechtlich in eine Nähe zu schwersten Menschheitsverbrechen gerückt“. Das sei unverhältnismäßig und einer liberalen Demokratie unwürdig. Das Urteil signalisiere: „Wer aus religiöser Überzeugung Positionen vertritt, die nicht kompatibel mit dem Zeitgeist sind, bewegt sich auf juristisch unsicherem Terrain.“ Das betreffe nicht nur Christen in Finnland, sondern berühre Grundfragen der Religions- und Meinungsfreiheit in ganz Europa. Schink: „Eine Freiheit, die nur für mehrheitsfähige oder politisch erwünschte Meinungen gilt, ist keine echte Freiheit.“

## Schink: Der Staat darf nicht Meinungen letztinstanzlich regulieren

Gerade in pluralistischen Gesellschaften müsse es möglich sein, tiefgreifende ethische Differenzen auszutragen, ohne dass der Staat zur letzten Instanz der Meinungsregulierung werde. „Wo Gerichte beginnen, theologische Inhalte zu bewerten und moralische Positionen strafrechtlich zu sanktionieren, wird eine Grenze überschritten, die dem demokratischen Diskurs schadet“, so Schink. Nach seinen Worten braucht es Klarheit, ob das Urteil europäischem Recht entspricht – „eventuell auch durch den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte“. Dabei gehe es nicht darum, Sonderrechte für Christen zu reklamieren, sondern um die Verteidigung der Grundrechte aller: „das Recht, Überzeugungen zu haben, sie zu äußern und öffentlich zu vertreten, auch wenn sie provozieren, widersprechen oder unbequem sind.“ Eine offene Gesellschaft müsse das aushalten können. „Wenn sie es nicht mehr kann, steht mehr auf dem Spiel als ein einzelnes Urteil“, so Schink. Zum Netzwerk der EAD gehören rund 900 örtliche Allianzkreise, in denen Christen aus Landes- und Freikirchen zusammenarbeiten.

## EEA: Friedliche Meinungsäußerungen nicht kriminalisieren

Die EEA äußerte „ihre tiefe Enttäuschung“ über das Urteil. Die Entscheidung sei „schwer mit den etablierten Grundsätzen der Meinungsfreiheit vereinbar“. Sie schütze Ansichten, „die als anstößig empfunden werden können, insbesondere wenn keine Anstiftung zur Gewalt oder nachweisbarem Schaden vorliege. Die EEA bekräftigte zugleich die Würde und den Schutz aller Menschen, „einschließlich derjenigen, die sich als LGBTQ+ identifizieren“. Man lehne jede Form von Hass und Gewalt ab. Gleichzeitig sei die EEA „zutiefst besorgt“, dass dieses Urteil die Schwelle für die Kriminalisierung friedlicher Meinungsäußerungen senke und die Gefahr berge, „einen beunruhigenden Präzedenzfall für die Meinungs- und Religionsfreiheit in ganz Europa zu schaffen“. Die EEA mit Sitz in Bad Blankenburg vertritt nach eigenen Angaben mehr als 23 Millionen Evangelikale in 35 Ländern. Präsident ist Andreas Wenzel (Nagold).

# Indien: 747 Übergriffe auf Christen im Jahr 2025

## Evangelische Allianz in Land sieht ein anhaltendes Muster der Feindseligkeit

Neu-Delhi (IDEA) – In Indien ist die Zahl der Übergriffe auf Christen erneut gestiegen. 2025 kam es zu 747 Fällen von Feindseligkeit, Einschüchterung, Gewalt und Diskriminierung gegen Christen. Das berichtet die Kommission für Religionsfreiheit der Evangelischen Allianz Indiens (EFIRLC) in ihrem Ende März veröffentlichten Jahresbericht. Für das Jahr 2024 dokumentierte der Dachverband noch 640 Zwischenfälle. Die meisten gewaltsamen Attacken gab es 2025 in den Bundesstaaten Uttar Pradesh (217), Chhattisgarh (177), Rajasthan (51), Madhya Pradesh (47) und Haryana (38). Bei den Übergriffen auf Christen handelt es sich laut dem Bericht um Bedrohungen und Belästigungen (204), Verhaftungen und falsche Beschuldigungen (184), körperliche Gewalt (112), Störungen von Gottesdiensten (110), soziale Ausgrenzung und Boykotte (42), gezielte Hasskampagnen (27), Vandalismus an Kirchengebäuden (25) und Brandstiftung (7), erzwungene Konversionen (27), geschlechtsspezifische Gewalt (8) und Mord (1).

## Demonstrationen vor Gemeindehäusern

Laut dem Generalsekretär des Dachverbandes, Pastor Vijayesh Lal (Neu-Delhi), zeigen die Vorkommnisse „ein anhaltendes Muster von Feindseligkeit, das sowohl einzelne Gläubige als auch das Gemeindeleben in verschiedenen Regionen des Landes betrifft“. Die Übergriffe seien nicht auf einzelne Regionen beschränkt gewesen. „In vielen Fällen wurden Gebetsversammlungen oder Gottesdienste aufgrund von Beschwerden über angebliche unrechtmäßige Religionswechsel unterbrochen. Pastoren und Gemeindeglieder wurden nach solchen Beschwerden mitunter von den Behörden festgenommen oder verhört“, so Lal. In anderen Fällen hätten sich Menschenmengen vor Gotteshäusern versammelt, Drohungen ausgesprochen oder die Auflösung der Versammlungen gefordert. Polizei und Behörden hätten auf die Vorfälle „unzureichend“ reagiert. Viele Übergriffe auf Christen seien „aus Angst vor Vergeltungsmaßnahmen, sozialem Druck oder mangelndem Zugang zu Rechtsmitteln ungemeldet“ geblieben. Lal kommt zu dem Fazit: „Die im Jahr 2025 dokumentierten Vorfälle geben Anlass zu anhaltender Besorgnis hinsichtlich des Schutzes der verfassungsmäßig garantierten Religionsfreiheit und der Gleichbehandlung vor dem Gesetz.“ Der Rechtsschutz für Christen müsse konsequenter durchgesetzt werden. Der Anstieg der Übergriffe auf Christen fällt in die Regierungszeit Narendra Modis. Er ist seit Mai 2014 Premierminister und Mitglied der Bharatiya Janata Party (BJP), einer hindu-nationalistischen Partei. Sie setzt sich für die Rückbekehrung zum Hinduismus ein, notfalls mit Gewalt. Von den etwa 1,4 Milliarden Einwohnern Indiens sind 72 Prozent Hindus, 14 Prozent Muslime und fünf Prozent Christen. Der Rest gehört kleineren Religionsgemeinschaften an. Im Weltverfolgungsindex des überkonfessionellen Hilfswerks Open Doors belegt Indien Platz 12 der Länder, in denen Christen am stärksten verfolgt werden.

# Iran: Die ambivalenten Auswirkungen des Krieges auf lateinamerikanische Länder

Buenos Aires (Fides) – Der Krieg im Iran macht sich auch in Regionen bemerkbar, die weit von den direkt am Konflikt beteiligten Ländern entfernt liegen, darunter auch in mittel- und südamerikanischen Ländern.

Kurzfristig könnten die lateinamerikanischen Volkswirtschaften die Folgen des Konflikts ausgleichen. Die Krise könnte zwar zu erhöhter Inflation führen, doch Rohstoffexporte könnten von steigenden Preisen profitieren.

In Mexiko könnten die kurzfristigen Auswirkungen auf die Öleinnahmen der Regierung Vorteile bringen. Die zweite mögliche Auswirkung betrifft die Kraftstoffpreise. Die Regierung versucht, den Druck auf die Kraftstoffpreise zu verringern, indem sie sicherstellt, dass die Preise bei den Händlern für mindestens die nächsten sechs Monate unverändert bleiben.

Die Situation in Argentinien, das unter Präsident Milei weitreichende, ultraliberale Wirtschaftsreformen durchläuft, wird in einem kürzlich von Morgan Stanley veröffentlichten Bericht hinsichtlich der potenziellen Auswirkungen des Krieges auf die nationale Wirtschaft untersucht. Laut der amerikanischen Bank würde ein Anstieg der Ölpreise zu erhöhten Exporten führen, insbesondere dank der Reserven des Ölfelds „Vaca Muerta“, was sich positiv auf die Zahlungsbilanz auswirken würde.

Problematisch ist jedoch die Inflation, die sich in den letzten Jahren als Achillesferse der argentinischen Wirtschaft erwiesen hat. Im von Morgan Stanley entwickelten Modell würde ein Anstieg der Rohölpreise um 10 % die Inflation von 0,2 % auf 0,4 % erhöhen.

Auch ein weiterer wichtiger Sektor der argentinischen Wirtschaft, die Landwirtschaft, ist betroffen. Der Krieg im Iran könnte auch hier einen doppelten Effekt haben: Einerseits könnten die Weltmarktpreise steigen, was Buenos Aires zugutekäme, da die Landwirtschaft 60 % der Exporte ausmacht. Andererseits ist der Iran ein bedeutender Düngemittelexporteur, und die Lieferengpässe aus Teheran würden die Preise für Agrarprodukte erhöhen. Während dies zunächst positiv für die Exporte erscheinen mag, gibt der Inlandsmarkt Anlass zur Sorge. Steigende Preise für Agrarprodukte könnten zu einer höheren Inflation führen, als im Bericht von Morgan Stanley prognostiziert, mit gravierenden Folgen für die Bevölkerungsgruppen, die bereits unter den Folgen der ultraliberalen Reformen leiden.

Was Brasilien betrifft, sind zwei Aspekte zu berücksichtigen. Das Land könnte kurzfristig von steigenden Ölpreisen profitieren, da es in den letzten Jahren zu einem Exporteur geworden ist; doch auch hier wird der Agrarsektor betroffen sein. Steigende Preise könnten die Kraftstoffpreise beeinflussen und, ähnlich wie in Argentinien, die Inflation anheizen. Ebenso wie Argentinien verzeichnet Brasilien aufgrund des Konflikts im Iran einen Rückgang der Düngemittellieferungen. Während dies in Argentinien jedoch mit steigenden Agrarpreisen einherging, was sich positiv auf die Exporte ausgewirkt haben könnte, führt es in Brasilien zu einem Rückgang der Exporte. Denn der Iran und der Nahe Osten im Allgemeinen waren die Hauptabnehmer von Gütern wie Weizen, die die Straße von Hormus passieren mussten, um ihre Bestimmungsorte zu erreichen.

Die lateinamerikanischen Regierungen haben unterschiedlich reagiert. Argentiniens Präsident Milei ist ein enger Verbündeter Israels. Andere Präsidenten haben sich jedoch gegen das Vorgehen der USA ausgesprochen. So schrieb beispielsweise der kolumbianische Präsident Gustavo Petro am Tag des Bombardierungsbeginns in einem Beitrag auf X, Trump habe „falsch gehandelt“. Auch die venezolanische Regierung äußerte sich ähnlich und bedauerte, dass nach Beginn der Bombardierungen ein militärisches Vorgehen gewählt worden war. Schließlich hat sich der brasilianische Präsident Lula wiederholt gegen den Krieg ausgesprochen und auf dem Gipfeltreffen der Gemeinschaft Lateinamerikanischer und Karibischer Staaten (CALAS) Parallelen zwischen dem aktuellen Konflikt und dem Irakkrieg von 2003 gezogen.

(CG) (Fides 27/3/2026)

# Israel: Einschränkung der Religionsfreiheit vorgeworfen

## Wirbel um Nutzung der Grabeskirche in Kriegszeiten

(Von Israelnetz - 30. März 2026) Entgegen den Sicherheitsbestimmungen wollen die beiden führenden Vertreter der katholischen Kirche im Heiligen Land in die Grabeskirche, die Polizei hält sie ab. Der Fall sorgt für Aufsehen, inzwischen gibt es eine Einigung.

JERUSALEM (inn) – Der Versuch des katholischen Patriarchen von Jerusalem, entgegen der Sicherheitsbestimmungen die Grabeskirche aufzusuchen, hat am Sonntag für Wirbel gesorgt. Polizisten hatten Kardinal Pierbattista Pizzaballa in Übereinstimmung mit den Auflagen angesichts des Irankriegs vom Zugang abgehalten. Mehrere Länder warfen Israel daraufhin Einschränkung der Religionsfreiheit vor.

Pizzaballa erklärte nach dem Vorfall, er habe gewusst, dass sämtliche Versammlungen an Orten ohne geeigneten Schutzraum derzeit verboten seien. Er habe mit seinem Begleiter Francesco Ielpo, dem Kustos für das Heilige Land, eine private Zeremonie anlässlich des Palmsonntags abhalten wollen, „um die Idee der Feier des heiligen Grabes zu bewahren“. Einen entsprechenden Antrag hatte die Polizei am Samstagabend abgelehnt. Sie gab unter anderem an, dass in der Altstadt der Zugang für Rettungsfahrzeuge schwierig sei. Daher habe ein Risiko für Menschenleben bestanden.

Pizzaballa und Ielpo machten sich dennoch auf den Weg in die Grabeskirche. Nach dem Eingreifen der Polizei veröffentlichten sie eine Pressemitteilung. Darin nannten sie die Maßnahme „offenkundig unvernünftig und grob unverhältnismäßig“. Es handele sich um einen nie dagewesenen Vorfall, der die Gefühle von Milliarden von Menschen missachte. Dass die Polizisten dabei „Respekt und Ruhe“ an den Tag gelegt hatten, erwähnte Pizzaballa nicht in der Pressemitteilung, sondern in einem späteren Interview.

## Weltweiter Aufruhr

Der Vorfall sorgte international für Empörung. So verurteilte der französische Präsident Emmanuel Macron (Renaissance) die Entscheidung der Polizei als „verstörende Verletzung des Status quo“. Religionsfreiheit müsse für alle gewährleistet sein. Beobachter wiesen indes darauf hin, dass sich Macron nicht zu der Tötung von mindestens zehn Christen in Nigeria an Palmsonntag durch Islamisten geäußert hatte. Die italienische Regierung bestellte unterdessen den israelischen Botschafter ein. Diverse Botschaften forderten vom israelischen Außenministerium eine Erklärung. Dieses wies darauf hin, dass aufgrund der Sicherheitslage der Zugang zu allen religiösen Stätten derzeit untersagt sei.

## Israel lenkt ein

Nach den Reaktionen erklärte der israelische Regierungschef Benjamin Netanjahu (Likud) noch am Sonntag, die Polizei habe aus Sorge um die Sicherheit und ohne böse Absicht gehandelt. Er wies die Behörden allerdings an, angesichts der „heiligen Woche“ vor Ostern, dem höchsten Fest des Christentums, einen Plan zu erstellen, um Kirchenführern in den kommenden Tagen Zeremonien zu erlauben.

Am Montag teilte die Polizei mit, dass es nach einem „produktiven Treffen“ mit Pizzaballa eine Einigung bezüglich der kommenden Osterfeierlichkeiten gebe. Zeremonien wie das traditionelle „heilige Feuer“ könnten stattfinden, wenn auch in einem kleineren Format. „Diese Vereinbarung stellt die Religionsfreiheit sicher und zugleich unsere gemeinsame, vorrangige Pflicht: den Schutz menschlichen Lebens.“

Der israelische Präsident Jizchak Herzog begrüßte die Einigung. Israel sei der Religionsfreiheit für alle Glaubensrichtungen verpflichtet, betonte er. Dies gelte auch für die Einhaltung des Status quo für die heiligen Stätten in Jerusalem. Im Namen Israels grüßte er anlässlich des Osterfestes „unsere christlichen Schwestern und Brüder im Heiligen Land, unsere christlichen Freunde in Nahost und in der ganzen Welt“.

Bereits am vergangenen Montag hatte Pizzaballa mitgeteilt, dass die traditionelle Palmenprozession vom Ölberg in die Altstadt nicht stattfinden werde. Stattdessen rief er Gläubige zu einem Friedensgebet am Samstag auf. (df)

# Kirgisistan: Pastor aus der Haft entlassen, mit Geldstrafe belegt und ausgewiesen

Die Regierung von Kirgisistan bereitet die Abschiebung von Pastor Pavel Schreider von der

Kirche der Wahren und Freien Siebenten-Tages-Adventisten vor. Der Oberste Gerichtshof in Bischkek wandelte am 25. März 2026 den verbleibenden Teil seiner Haftstrafe in eine Geldstrafe in Höhe von drei durchschnittlichen Monatsgehältern um. Er wurde am selben Tag aus der Haft entlassen und wird neben der Geldstrafe auch die Kosten seiner Abschiebung tragen müssen. Der russische Reisepass Schreiders wurde bereits von den Behörden beschlagnahmt. Er wurde zwar in Kirgisistan geboren, ist aber Staatsangehöriger der Russischen Föderation. Die Frau des Pastors ist nicht von der Abschiebung betroffen, wird jedoch nach Angaben der Familie mit ihm ausreisen.

Pavel Schreider wurde im November 2024 verhaftet, während der Vernehmungen schwer misshandelt und von einem Bezirksgericht in Bischkek nach Art. 330 Abs. 1 und Abs. 2.6 des kirgisischen Strafgesetzbuchs wegen „Anstiftung zu rassistischer, ethnischer, nationaler, religiöser oder regionaler Feindseligkeit“ „begangen von einer Gruppe“ zu drei Jahren Haft verurteilt.

Am 19. März 2025 verbot das Bezirksgericht Alamudin in der Region Chuy die Wahre und Freie Siebenten-Tages-Adventisten als „extremistische“ religiöse Organisation. Der Oberste Gerichtshof in Bischkek verwarf in einer nur 20 Minuten dauernden Verhandlung am 4. August 2025 die Berufung der Kirche gegen das Verbot. Indira Aslanova, leitende Expertin des Zentrums für religiöse Studien, einer unabhängigen Organisation mit Sitz in Bischkek, bezeichnete den Vorwurf, bei der Wahren und Freien Siebenten-Tages-Adventisten handle es sich um eine extremistische Organisation, als absurd.

Die Kirche der Wahren und Freien Siebenten-Tages-Adventisten ist Teil einer Reformbewegung der Adventisten, die in der Zeit entstand, als Kirgisistan eine Teilrepublik der Sowjetunion war. Die von Pastor Schreider geleitete Kirche strebt keine staatliche Registrierung an. Die Ausübung der Religionsfreiheit ohne staatliche Registrierung ist in Kirgisistan verboten und strafbar.

Vor dieser adventistischen Gemeinschaft wurden bereits die Ahmadiyya Muslime verboten und die staatliche Registrierung einer Falun Gong Gemeinschaft wurde aufgehoben.

In den letzten Jahren richtete sich die Verfolgung durch die Gerichtsbehörden sowohl gegen Protestanten, als auch Muslime und Zeugen Jehovas.

Quelle: Forum 18, Oslo (Bericht vom 2. April 2026)

Deutsche Fassung: Arbeitskreis Religionsfreiheit der EAÖ

# Kongo: Die Hoffnung hat die Abschlussbühne betreten

ICC-Nachrichten - Im September 2025 betraten fünf junge Überlebende der Gewalt durch die afrikanische islamistische Terrorgruppe Allied Democratic Forces (ADF) in Butembo im Kongo die Abschlussbühne. Ihre Leistung bedeutete weit mehr als nur Jahre der Schulbildung. Sie markierte einen Sieg über das Trauma, das einst ihr Leben zu beenden drohte.

Jeder Schüler trug Erinnerungen an Gewalt, Vertreibung und unvorstellbaren Verlust mit sich. Doch jeder trug auch noch etwas anderes mit sich. Sie trugen die beständige, treue Unterstützung der ICC-Spender, die sich weigerten, ihre Geschichten in Verzweiflung enden zu lassen. Schulgeld, Schulmaterialien, Essen, Kleidung und fortwährende Ermutigung für ihr Leben jenseits aller Erwartungen. Ihre Worte erzählen die Geschichte am besten.

## JULIEN, MASTER-ABSCHLUSS IN GYNÄKOLOGIE UND GEBURTSHILFE

Julien überlebte den Angriff auf Masambo und hätte 2021 beinahe die Schule verlassen. Als seine Zukunft zu zerbrechen schien, griff ICC ein und stand ihm fünf Jahre lang zur Seite. „Heute bin ich nicht nur ein Absolvent“, sagte er. „Ich bin ein Gynäkologe, der bereit ist, meiner Gemeinschaft und meinem Land zu dienen. Gott hat ICC dazu benutzt, mein Leben wiederherzustellen.“

## JUSCAR, MASTER-ABSCHLUSS IN GYNÄKOLOGIE UND GEBURTSHILFE

Bevor die Unterstützung durch ICC im Jahr 2021 begann, glaubte Juscar, seine Ausbildung sei vorbei. Seine Vergangenheit war geprägt von Angst und Verlust. „ICC wurde zu meinem Licht“, sagte er. „Dieser Abschluss gehört nicht nur mir. Er gehört allen, die daran geglaubt haben, dass ich es schaffen kann.“

## MICHAEL, BACHELOR-ABSCHLUSS IM RÖNTGEN

Michael verlor seine Eltern, seine Geschwister und seine Hoffnung auf die Zukunft. Eine Rückkehr zur Schule schien unmöglich. Die Unterstützung durch ICC gab ihm die Chance, neu anzufangen. „Aus der Asche erhebe ich mich mit Wissen und Stärke“, sagte er. „Ich kann meiner Gemeinschaft nun mit Zuversicht dienen. Ich bin zutiefst dankbar.“

## LYDIE, BACHELOR-ABSCHLUSS IN KINDERHEILKUNDE

Lydie floh vor dem Angriff der ADF in Luna und kam mit nichts in Butembo an. ICC übernahm ihre Studiengebühren und half ihr, ihr Studium fortzusetzen. „Mein Leben war zerstört“, sagte sie. „ICC gab mir die Chance, meinen Traum, Kinderkrankenschwester zu werden, zu verwirklichen. Ich bin unendlich dankbar.“

## KAMABU, BACHELOR-ABSCHLUSS IN KRANKENHAUSWESEN

Jahre der Armut und Vertreibung ließen Kamabu ohne klare Perspektive zurück. ICC unterstützte sie während ihres gesamten dreijährigen Studiums. „Der Besuch der Universität war mehr als nur eine Ausbildung“, sagte sie. „Es war ein Neuanfang. Ich werde dieses Geschenk nutzen, um anderen zu dienen.“

Drei der Absolventen hoffen, ihr Studium auf Master-Ebene fortsetzen zu können, sofern Unterstützung verfügbar wird. Alle fünf dienen bereits ihren Gemeinschaften mit neuen Fähigkeiten, wiedergewonnener Würde und einem Sinn für ihre Bestimmung, der einst unerreichbar schien.

Ihre Geschichten zeigen, was Ihre Großzügigkeit ermöglicht. Sie erinnern uns daran, dass Hoffnung keine Theorie ist, wenn Gläubige sich auf die Seite der Verfolgten stellen. Sie wird sichtbar in Klassenzimmern, auf Krankenhausstationen und im Leben junger Männer und Frauen, die sich weigern, ihre Zukunft von Gewalt bestimmen zu lassen.

Diese Absolventen sind dem ICC und allen, die sich engagiert haben, zutiefst dankbar. Ihre Botschaft ist einfach und aufrichtig: „Danke, dass ihr an uns geglaubt habt. Danke, dass ihr in unsere Träume investiert habt. Danke, dass ihr uns geholfen habt, wieder auf die Beine zu kommen.“

Quelle: International Christian Concern; [www.persecution.org](http://www.persecution.org)

# Nepal: Hinduistischer Mob greift drei Christen in Nepal an

ICC-Nachrichten - Als drei Christen am 23. März im nepalesischen Distrikt Rautahat das Evangelium verkündeten, wurden sie von einer Gruppe Hindus angegriffen und zur Polizeistation geschleppt.

Gewalt gegen religiöse Minderheiten in Nepal gibt zunehmend Anlass zur Sorge.

Obwohl die nepalesische Verfassung Religionsfreiheit garantiert, ist es nach wie vor illegal, jemanden zu einer anderen Religion zu bekehren. Hindus, die Nepal zu einer rein hinduistischen Nation machen wollen, gehen zunehmend auch gegen Christen vor, insbesondere gegen diejenigen, die offen ihren Glauben an Jesus bekennen.

„Obwohl es keinerlei stichhaltige Beweise gab, ordnete die Polizei eine Untersuchung an“, berichtete ein lokaler Christ, der anonym bleiben wollte, gegenüber International Christian Concern (ICC). „Diese Maßnahmen machen diesen armen Christen das Leben schwer.“

Nach den jüngsten Wahlen in Nepal sind einige Christen vorsichtig optimistisch, dass die neue Regierung die Religionsfreiheit wertschätzen und Schutz vor Bedrohungen durch extremistische Gruppen bieten wird.

Quelle: International Christian Concern; [www.persecution.org](http://www.persecution.org)

# Nigeria: Islamistische Terrorgruppen töten Dutzende Menschen

**Hinter einer Reihe von Anschlägen sollen ISWAP und Boko Haram stecken**

Nigeria (IDEA) – Im Nordosten Nigerias hat es erneut eine Serie terroristischer Anschläge von islamistischen Gruppen gegeben. Das berichten die christlichen Hilfswerke „Kirche in Not“ (München) und Christian Solidarity International (CSI). Bei Explosionen in Maiduguri (Bundesstaat Borno) Mitte März seien mindestens 23 Menschen getötet und mehr als 100 weitere verletzt worden. Ziele seien unter anderem ein Krankenhaus, ein Markt und ein Geschäftsviertel gewesen. Auch Christen seien unter den Opfern. Nach Angaben lokaler Kirchen ist die Terrorgruppe ISWAP (Islamischer Staat in Westafrika) für die Anschläge verantwortlich. Der Gemeindepfarrer Joseph Bature Fidelis spricht gegenüber „Kirche in Not“ von einer Verschärfung der Lage und wachsender Angst. Zugleich warnte er vor einer „Guerilla-Taktik“ der Angreifer: „Sie schleichen sich unauffällig in die Orte ein und verüben dann Anschläge.“ Nach einer Phase rückläufiger Gewalt sei das Alltagsleben nun wieder stärker belastet. Kirchliche Einrichtungen dienten vielen Menschen als Zufluchtsorte. Gemeinden stellten Nahrung, Unterkünfte und sanitäre Einrichtungen bereit.

**„Viele Bewohner wurden wie Tiere abgeschlachtet“**

Im nahe gelegenen Dorf Ngoshe (Bundesstaat Borno) war es Anfang März zu gewalttätigen Überfällen der islamistischen Terrormiliz Boko Haram gekommen. Das berichtete der örtliche Prediger und Evangelist John Thuma dem Hilfswerk CSI. Dutzende Menschen seien getötet worden. Seine Frau sei dem Angriff knapp entkommen. Sie berichtete CSI: „Viele Bewohner wurden wie Tiere abgeschlachtet und ihre Köpfe von ihren Körpern getrennt.“ Boko Haram habe ein Propagandavideo veröffentlicht, das die Folgen der Angriffe in Ngoshe zeige. Darin sei eine Stimme zu hören, die sage: „Ungläubige! Allah verfluche euch!“ Nach Angaben von Überlebenden haben Hunderte Frauen und Kinder im nahe gelegenen Ort Pulka Zuflucht gesucht. Staatliche Hilfe sei ihnen zugesichert worden, aber bislang nicht eingetroffen. Den Behörden zufolge würden Hunderte Menschen vermisst. Wie ein Projektpartner von CSI mitteilte, ist die Lage für Christen vor Ort in der Zeit vor Ostern besonders angespannt. Die Polizei habe demnach die Gläubigen gewarnt und aufgefordert, Kontrollen mit Körperscannern einzurichten. Zudem sollten Bereiche rund um Kirchen abgesperrt werden, um Selbstmordanschläge zu verhindern. Nigeria belegt auf dem Weltverfolgungsindex des überkonfessionellen Hilfswerks Open Doors Rang sieben der Länder, in denen Christen am stärksten verfolgt werden. Es ist mit über 230 Millionen Einwohnern das bevölkerungsreichste Land Afrikas. Etwa je 46 Prozent der Bevölkerung sind Christen oder Muslime.

# Nigeria: Mindestens 27 Tote bei Anschlag am Palmsonntag

Ziel war ein überwiegend von Christen bewohnter Stadtteil von Jos

Jos (IDEA) – Bei einem Angriff auf einen überwiegend von Christen bewohnten Stadtteil von Jos in Nigeria sind am Palmsonntag mindestens 27 Menschen getötet worden. Das berichtet das Hilfswerk Open Doors (Kelkheim). Jos ist die Hauptstadt des Bundesstaates Plateau. Die Tat ereignete sich demnach gegen 20 Uhr. Unbekannte Angreifer hätten auf einer belebten Straße im Stadtteil Angwan Rukuba wahllos das Feuer auf Passanten eröffnet. Nach Angaben lokaler Quellen starben 14 Menschen noch am Tatort, 13 weitere später im Krankenhaus. Die genaue Zahl der Todesopfer sei unklar. Nicht alle Opfer seien Christen gewesen. Nach Angaben von Open Doors wurde nach den Angriffen eine 48-stündige Ausgangssperre verhängt. Der Gouverneur des Bundesstaates Plateau, Caleb Manasseh Muftwang (61), verurteilte den Angriff in einer Stellungnahme „auf das Schärfste“ und bezeichnete ihn als „barbarisch und unproviziert“. Der Angriff habe sich gegen „unschuldige Bürger“ gerichtet. Muftwang kündigte an, alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um die Täter zu fassen und vor Gericht zu stellen. Zu dem Anschlag hat sich laut Open Doors bislang niemand bekannt. Er ereignete sich zwei Wochen nach [Selbstmordattentaten](#) in Maiduguri (Bundesstaat Borno), bei denen 23 Menschen starben und mehr als 100 verletzt worden waren. Nigeria belegt auf dem Weltverfolgungsindex von Open Doors Rang sieben der Länder, in denen Christen am stärksten verfolgt werden. Es ist mit über 230 Millionen Einwohnern das bevölkerungsreichste Land Afrikas. Etwa je 46 Prozent der Bevölkerung sind Christen oder Muslime.



## Pakistan: „Gefangener des Monats April 2026“

Christ wegen angeblicher Blasphemie seit Jahren hinter Gittern

Als „Gefangenen des Monats April 2026“ haben die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) und die Evangelische Nachrichtenagentur IDEA den pakistanischen Christen Imran Rehman benannt. Sie rufen dazu auf, sich für den Inhaftierten einzusetzen.

Rehman wurde am 14. September 2022 festgenommen. Der Fahrkartenverkäufer hatte einen Anruf von seiner Bank mit der Bitte erhalten, dringend persönlich zu erscheinen. Dort nahmen ihn Beamte der pakistanischen Bundesermittlungsbehörde in Gewahrsam. Die Ermittler werfen ihm Computerkriminalität und Blasphemie vor. Er soll über die Chat-Anwendung WhatsApp die islamische Religion verunglimpft haben.

Der Katholik weist den Vorwurf zurück. Es ist nicht bekannt, welche Inhalte der 35-jährige Familienvater angeblich über WhatsApp verschickte. Er soll mit deren Verbreitung gegen die umstrittenen Blasphemie-Gesetze verstoßen haben, darunter auch gegen die Bestimmung 295-C im pakistanischen Strafgesetzbuch, die für die Beleidigung des islamischen Propheten Mohammed die Todesstrafe vorsieht. Zudem werden seine angeblichen Mitteilungen sogar als terroristische Akte eingestuft.

In Pakistan kommt es immer wieder zu ungerechtfertigten Blasphemie-Anklagen. Die IGFM und IDEA rufen dazu auf, den pakistanischen Präsidenten Asif Ali Zardari in Briefen zu bitten, alles in seiner Macht Stehende für die Freilassung des Christen zu tun und für seine Sicherheit sowie die seiner Angehörigen zu sorgen. Von den rund 250 Millionen Einwohnern Pakistans sind 96 Prozent Muslime, zwei Prozent Christen und ein Prozent Hindus.

[Musterbrief Deutsch](#)

[Musterbrief Englisch](#)

# Serbien: UEFA verhängt Geldstrafe wegen orthodoxem Fan-Banner

## Fans von Roter Stern Belgrad zeigten orthodoxe Ikone bei Europa-League-Spiel

Serbien (IDEA) – Die Union der Europäischen Fußballverbände (UEFA) hat gegen den serbischen Rekordmeister Roter Stern Belgrad eine Geldstrafe verhängt. Anlass ist ein religiöses Banner beim Europa-League-Spiel gegen den französischen Club LOSC Lille. Zu Beginn der Partie am 26. Februar – sie endete mit 0:2 – war im Rahmen einer Fan-Choreografie eine orthodoxe Ikone zu sehen. Darunter stand der Schriftzug: „Möge unser Glaube euch zum Sieg führen“. Die Kontroll-, Ethik- und Disziplinarkammer der UEFA setzte die Strafe am 25. März auf insgesamt 95.500 Euro fest. Davon entfällt der Großteil (40.000 Euro) direkt auf das Banner. Es habe sich um die „Übermittlung einer für eine Sportveranstaltung ungeeigneten Botschaft“ gehandelt. In der Begründung heißt es weiter, die Aktion habe das „Ansehen des Fußballsports und insbesondere der UEFA“ herabgesetzt. Die UEFA-Regeln verbieten politische, ideologische und religiöse Botschaften in Stadien vor, während und nach Spielen. Weitere Teile der Strafe betreffen das Abbrennen von Pyrotechnik, das Blockieren von Durchgängen sowie das Werfen von Gegenständen. Dem Verein steht das Recht auf Berufung zu.

# Spanien: Tod einer 25-Jährigen durch Sterbehilfe sorgt für massive Kritik

## Eltern hatten zwei Jahre vergeblich gegen den assistierten Suizid gekämpft

Barcelona/Madrid/Augsburg (IDEA) – Der Tod einer 25-jährigen Frau durch aktive Sterbehilfe hat in Spanien massive Kritik ausgelöst. Noelia Castillo ließ sich am Abend des 26. März im Pflegeheim Sant Pere de Ribes in Barcelona eine tödliche Spritze geben. Die junge Frau war seit einem Suizidversuch im Jahr 2022 querschnittsgelähmt und litt unter schweren Schmerzen sowie Depressionen. Sie ist die jüngste Person, die in Spanien seit der Legalisierung der aktiven Sterbehilfe im Jahr 2021 davon Gebrauch machte. Sowohl die (katholische) Spanische Bischofskonferenz (CEE) als auch die dortige Evangelische Allianz kritisierten den Fall scharf.

## Sterbewunsch nach massiven Trauma

Castillo stammt aus einer zerrütteten Familie. Nach der Scheidung ihrer Eltern lebte sie in Jugendhilfeeinrichtungen. Medienberichten zufolge sollen bei ihr bereits in jungem Alter psychische Probleme festgestellt worden sein. Laut der spanischen Zeitung „El País“ berichtete sie später zudem von sexuellem Missbrauch durch einen Ex-Partner und mehreren Übergriffen durch junge Männer in Nachtclubs. Im Oktober 2022 sprang sie aus dem fünften Stock eines Hochhauses. Dabei wurde ihr Rückenmark irreversibel beschädigt. Seitdem litt sie unter starken Schmerzen, Inkontinenz und Depressionen. Medienberichte nennen als Auslöser für ihren Selbstmordversuch eine Vergewaltigung durch eine Gruppe von Männern im gleichen Jahr.

## Anwälte kritisieren fehlende Hilfestellung

2024 beantragte die junge Frau Sterbehilfe bei den zuständigen Behörden. Diese stimmten zu. Castillos Vater versuchte mithilfe der Stiftung „Abogados Cristianos“, einem Zusammenschluss christlicher Anwälte, den assistierten Suizid seiner Tochter zu verhindern. Als Begründung führten sie die psychische Verfassung der jungen Frau an. Ihr Zustand sei so labil, dass sie keine eigenständige Entscheidung über ihr Lebensende treffen könne. Die Anwälte wiesen darauf hin, dass sich Castillo in keinerlei psychologischer oder psychiatrischer Behandlung befinde: „Der Suizid wird angeboten, ohne dass zuvor eine Heilung versucht wurde.“ So könne von keiner freien Entscheidung die Rede sein, sondern von einem System, „das den Tod ermöglicht, ohne zuvor alle Hilfsmöglichkeiten ausgeschöpft zu haben“. Nach einem fast zweijährigen Rechtsstreit vor unterschiedlichen spanischen Gerichten, wies der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) Anfang März den Antrag des Vaters auf Aussetzung der Sterbehilfe zurück.

## Evangelische Allianz: Fall zeigt gesellschaftliches Versagen

Scharfe Kritik an dem Fall äußerte das Vorstandsmitglied der Evangelischen Allianz in Spanien, Pedro Tarquis (Madrid). Der Internist arbeitet selbst in einem großen öffentlichen Krankenhaus. Gegenüber der Evangelischen Nachrichtenagentur IDEA erklärte er, der Fall zeige das moralische und humanitäre Versagen einer ganzen Gesellschaft, insbesondere da Selbstmord die häufigste Todesursache unter jungen Menschen sei. In 40 Dienstjahren habe ihn noch kein einziger Patient ernsthaft gebeten, sein Leben zu beenden – ganz im Gegenteil. „Das Sterbehilfegesetz in Spanien spiegelt eine ideologische Haltung wider, die dem Einzelnen seine innewohnende Würde nimmt und die Vorstellung unterstützt, dass ein Leben, das von Schmerzen oder Leiden geprägt ist – und somit frei von Freude – nicht lebenswert ist.“ Castillos Fall zeige, dass die theoretischen Kontrollmechanismen für Sterbehilfe subjektiv sind, etwa in der Einschätzung des psychischen Schmerzes oder in der Beurteilung der Entscheidungsfähigkeit bei psychisch Erkrankten. In Bezug auf körperlich Schwerkranken kritisierte Tarquis die Vernachlässigung der Palliativmedizin im öffentlichen Gesundheitswesen Spaniens.

## **Bischofskonferenz: „Wohlstandsgesellschaft“, die „unfähig ist, zu pflegen und zu lieben“**

Kurz vor der Euthanasie der jungen Spanierin bedauerte die Spanische Bischofskonferenz, dass „heute in Spanien der Tod als Lösung für Leid dargestellt wird“. Sie sprach auf dem Kurznachrichtenkanal X von einer „Wohlstandsgesellschaft“, die „unfähig ist, zu pflegen und zu lieben“. Ähnlich formulierte es der Gründer des Gebetshauses Augsburg, Johannes Hartl. In einem Kurzvideo auf Instagram mahnte er: „Europa, das ist der falsche Weg.“ Der jungen Frau beim Sterben zu helfen, um ihre Leiden zu beenden, wirke auf den ersten Blick barmherzig. Doch es laufe auf die Normalisierung einer Haltung hinaus, die Menschen den Tod anbietet aber keine wirkliche Hilfe. Anstatt der „Todesspritze“ hätte die junge Frau Heilung für ihr Herz gebraucht und Menschen, die ihr von Gottes unbedingter Liebe erzählen. Von den rund 49 Millionen Einwohnern Spaniens sind laut der jüngsten offiziellen Umfrage vom vergangenen Jahr 54,2 Prozent Katholiken, 34,1 Prozent nicht religiös, 2,3 Prozent Muslime und 1,1 Prozent Protestanten. Ein Prozent gehören orthodoxen Kirchen an. 2,5 Prozent zählen zu anderen christlichen Glaubensgemeinschaften. Die Spanische Evangelische Allianz repräsentiert mit ihren theologisch konservativen Positionen und Erklärungen etwa 90 Prozent der evangelischen Christen des Landes.

# Syrien: Nach Berlin-Besuch von Al-Schar'a

## Menschenrechtler beklagen Repression gegen Christen in Syrien

(Israelnetz.de/ Von epd/ 2. April 2026) Menschenrechtler haben vor Ostern auf eine „prekäre Lage“ christlicher Gemeinschaften in Syrien aufmerksam gemacht und Schutz für diese Minderheiten angemahnt. „Christen in Syrien können ihren Glauben nicht frei ausleben, ohne Angst vor Gewalt und Repressionen zu haben“, sagte der Nahostreferent der Gesellschaft für bedrohte Völker, Kamal Sido, am Donnerstag in Göttingen. Bundeskanzler Friedrich Merz habe es verpasst, sich bei seinem [Treffen](#) mit Machthaber Ahmed al-Schar'a für Christen und andere Minderheiten einzusetzen. Das sei für den Parteivorsitzenden der Christdemokraten ein Armutszeugnis.

# Syrien: Osterfeierlichkeiten nach Gewalt abgesagt

**Nach Gewalt: In der Stadt Suqailabiyya finden keine öffentlichen Ostergottesdienste statt**

Syrien (IDEA) – In der christlich geprägten Stadt Suqailabiyya im Westen Syriens sind die Osterfeierlichkeiten in diesem Jahr abgesagt worden. Zuvor war es am 28. März zu religiös motivierten Ausschreitungen gekommen. Das teilte das britische Hilfswerk CSW (ehemals Christian Solidarity Worldwide/Christliche Solidarität weltweit) mit. Demnach habe es eine Auseinandersetzung zwischen muslimischen und christlichen Männern sowie Angriffe auf die Stadt gegeben. Nach Angaben von CSW hatten zwei junge muslimische Männer aus der Stadt Qalaat al-Madiq christliche Frauen in Suqailabiyya belästigt. Daraufhin seien sie von einheimischen christlichen Männern angegriffen worden. Die muslimischen Männer seien in ihre Heimatstadt zurückgekehrt und später mit Dutzenden weiteren Männern auf Motorrädern wiedergekommen. Sie hätten die Stadt gestürmt, Autos, Geschäfte und Grundstücke angegriffen sowie Schüsse in die Luft abgegeben. Zudem hätten die Angreifer einen Schrein der Jungfrau Maria zerstört. Lokalen Quellen zufolge sind auch Angehörige der nationalen Sicherheitskräfte an den Ausschreitungen beteiligt gewesen. Die Regierung habe versucht, die Lage mit Armee und Sicherheitskräften unter Kontrolle zu bringen. Mehrere Angriffe auf die Stadt seien von Regierungstruppen abgewehrt worden.

**„Initiative für nationalen Dialog“ gefordert**

Führende Vertreter der katholischen, griechisch-orthodoxen und syrisch-orthodoxen Kirchen verurteilten die Gewalt. Öffentliche Ostergottesdienste werden in diesem Jahr nicht stattfinden. Die zivilgesellschaftliche Organisation „Syrian Christians for Peace“ (Syrische Christen für Frieden) rief zur Einheit unter syrischen Christen auf. In einer Stellungnahme forderte sie die Syrer aller religiösen und ethnischen Gruppen auf, geeint zu bleiben und Konfessionalismus abzulehnen. Zugleich verlangte sie von der Regierung eine „Initiative für nationalen Dialog“. Syrien hat rund 23 Millionen Einwohner. Der Anteil der Christen liegt Schätzungen zufolge bei etwa einem Prozent. Im Weltverfolgungsindex des überkonfessionellen Hilfswerks Open Doors belegt das Land Rang sechs der Staaten, in denen Christen am stärksten verfolgt werden.

# Uganda: Ugandischer Armeechef stellt sich an die Seite Israels

## Messianismus und Krieg gegen den Iran

Kampala (Fides) – „Wir stehen an der Seite Israels, weil wir Christen sind. Errettet durch den heiligen Sohn Gottes ... Jesus Christus, den Einzigen, der Sünden vergeben kann. Die Bibel sagt: Wie glücklich bist du, Israel! Wer ist dir gleich, du Volk, gerettet durch den Herren, den Schild, der dir hilft, deine Hoheit, wenn das Schwert kommt? (Deuteronomium 33,29)“, heißt es in einem der Beiträge, die General Muhoozi Kainerugaba, Stabschef der ugandischen Streitkräfte und Sohn von Präsident Yoweri Museveni, auf X veröffentlichte. Darin bekräftigt er die Unterstützung der ugandischen Armee für Israels Krieg gegen den Iran.

Neben der „religiösen“ Motivation führt General Kainerugaba auch andere politische Gründe an. In einem weiteren Beitrag schreibt er: „Israel stand uns in den 1980er und 1990er Jahren bei, als wir unbedeutend waren. Warum sollten wir es jetzt nicht verteidigen, wo unser BIP 100 Milliarden Dollar beträgt? Eines der höchsten in Afrika.“ In einem weiteren Beitrag erklärte General Kainerugaba: „Wir wollen, dass der Krieg im Nahen Osten jetzt endet. Die Welt hat genug. Doch jede Rede von Israels Vernichtung oder Niederlage wird uns in einen Krieg hineinziehen – an Israels Seite!“. In einem anderen Beitrag schrieb Kainerugaba: „Die ugandische Armee wird in diesen Krieg zwischen Iran und Israel eintreten – an Israels Seite –, wenn er nicht bald beendet wird. Israel hat ein Existenzrecht, und die Angriffe gegen das Land müssen aufhören.“

Diese Beiträge des Chefs der ugandischen Streitkräfte sollten mit Vorsicht betrachtet werden, da Kainerugaba für seine kontroversen Kommentare auf Twitter (jetzt „X“) bekannt ist, weshalb er auch den Spitznamen „Tweeting General“ trägt. Interessant ist jedoch der religiöse Bezug zu Ugandas angeblicher Unterstützung für Israel, der auf den Einfluss des sogenannten „christlichen Zionismus“ in einigen afrikanischen Ländern hindeutet.  
(L.M.) (Fides 27/3/2026)

# Usbekistan: Und andere zentralasiatische Länder

(Licht im Osten) 1. Um Bewahrung, Trost und Ermutigung aus Gottes Wort für die, die aus dem Islam heraus zum Glauben an Christus gekommen sind, da sie großen Anfeindungen vonseiten ihrer Umgebung und ihrer Verwandtschaft ausgesetzt sind. Bitte um besondere Bewahrung der Kinder, die an Jesus glauben.

2. Für die, die am Scheideweg stehen, ob sie Christus annehmen sollen oder nicht, dass der Herr ihnen den Mut schenkt, diesen Schritt zu tun, und sie dann sein Durchtragen und seine Bewahrung erleben.

3. In Usbekistan scheint es einerseits mehr Freiheit zu geben, andererseits ist weiterhin ein Gesetz in Kraft, das Evangelisation verbietet. Bitte, dass die Christen Zurüstung durch den Heiligen Geist erfahren, um in dieser so schwierigen Situation ein Zeugnis für Christus sein zu können; dass es zu einer weiteren Öffnung kommt, das Evangelium bezeugen zu können.

4. Während neue riesige Moscheen gebaut werden, die für mehrere Tausend Menschen Platz bieten, kommt es zu fast keiner erfolgreichen Registrierung einer christlichen Gemeinde. Bitte, dass es möglich wird, Gemeinden zu registrieren.

# Weltweit: Christen im globalen Süden befürchten Anschläge zu Ostern

## Kirchengemeinden reagieren mit verschärften Sicherheitskonzepten

Aachen (IDEA) – Das katholische Hilfswerk missio (Aachen) hat sich angesichts des Iran-Kriegs besorgt über die Lage von Christen in Afrika und Asien geäußert. In Ländern wie Nigeria und Pakistan befürchteten Christen zu Ostern vermehrt Anschläge islamistischer Gruppen. Das gehe aus einer Umfrage unter 20 Partnerorganisationen in betroffenen Ländern hervor. Sicherheitsmaßnahmen würden verschärft, da Extremisten die Eskalation im Nahen Osten nutzen könnten, um Christen als vermeintliche Verbündete der USA oder Israels zu brandmarken, hieß es. Wie der Sekretär für Flüchtlingsarbeit der katholischen Bischofskonferenz in Nigeria, Augustine Akhobga, berichtet, machen sich Islamisten zu Ostern für „Aktionen“ bereit. Pfarreien reagierten mit verschärften Sicherheitskonzepten: Diözesen arbeiteten enger mit Sicherheitsbehörden zusammen, schulten Freiwillige für Zugangskontrollen und bauten die Videoüberwachung aus. Auch Gottesdienstzeiten würden angepasst. Zugleich suche man den Dialog mit muslimischen Würdenträgern, um Spannungen zu entschärfen. Mehrere Partner des Hilfswerks riefen Deutschland und Europa zu einem entschlosseneren Einsatz für einen Waffenstillstand und politische Verhandlungen im Nahen Osten auf. Zudem verwiesen sie auf den Bedarf vieler Länder des globalen Südens beim Ausbau erneuerbarer Energien. Die infolge des Iran-Kriegs steigenden Energiepreise trieben in einigen Ländern Inflation sowie Lebensmittel- und Transportkosten in die Höhe.

**Disclaimer:** Die Evangelische Allianz in Deutschland und ihr Arbeitskreis Religionsfreiheit- Menschenrechte-Einsatz für verfolgte Christen stellen diese Informationen zur Verfügung ohne jede Kommentierung. Die Ansichten, die in den Meldungen zum Ausdruck kommen, werden nicht ohne Weiteres von EAD oder AKREF geteilt.

Falls Sie die Erstellung und Verbreitung der AKREF Gebetsanliegen unterstützen möchten, können Sie gern eine Spende richten an:

Evangelische Allianz in Deutschland (EAD)

Spendenkonto:

IBAN: DE87520604100000416800

BIC: GENODEF1EK1

Evangelische Kreditgenossenschaft

Verwendungszweck „AKREF“

Gerne können Sie auch [online spenden](#).

## Links

[www.csi-de.de](http://www.csi-de.de)

<https://islam.ead.de/>

<https://akref.ead.de/>

<https://akref.ead.de/gebet-fuer-verfolgte/>

[www.h-m-k.org](http://www.h-m-k.org)

[www.hilfsbund.de](http://www.hilfsbund.de)

[www.hoffnungszeichen.de](http://www.hoffnungszeichen.de)

[www.idea.de/nachrichten.html](http://www.idea.de/nachrichten.html)

[www.islaminstitut.de](http://www.islaminstitut.de)

[www.kirche-in-not.de](http://www.kirche-in-not.de)

[www.opendoors.de](http://www.opendoors.de)

[www.pro-medienmagazin.de](http://www.pro-medienmagazin.de)

[www.stanet.ch/APD](http://www.stanet.ch/APD)

[www.zenit.org](http://www.zenit.org)

### Menschenrechtsorganisationen:

[www.amnesty.de](http://www.amnesty.de)

[www.igfm.de](http://www.igfm.de)

[www.gfbv.de](http://www.gfbv.de)

### Wichtige englischsprachige Internetseiten:

[www.advocatesinternational.org](http://www.advocatesinternational.org) [Anwälte im Auftrag der Allianz]

[www.barnabasfund.org](http://www.barnabasfund.org)

[www.csi-int.ch](http://www.csi-int.ch)

[www.forum18.org](http://www.forum18.org) [Forum 18 News Service]

[www.idop.org](http://www.idop.org) [Int. Seite des Gebetstages für verfolgte Christen]

[www.iirf.eu](http://www.iirf.eu) [Internationales Institut für Religionsfreiheit]

[www.meconcern.org](http://www.meconcern.org) [Middle East Concern]

[www.persecutedchurch.org](http://www.persecutedchurch.org)

[www.persecution.net](http://www.persecution.net) [Voice of the Martyrs/HMK]